

Gerd Zeitler beantwortet 8 Fragen

„Der Euro spaltet Europa!“

Eurokrise, Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Klimawandel – das sind die großen Herausforderungen, für die unsere Wirtschaftspolitik überzeugende Antworten finden muss. ÖP-Chefredakteur Günther Hartmann stellte dazu dem Wirtschaftspublizisten Gerd Zeitler 8 Fragen.

1 Herr Zeitler, was verbirgt sich hinter dem Begriff „Euro-Krise“? Ist der Euro überhaupt in Gefahr?

Es stellt sich eher die Frage, welche Gefahr vom Euro ausgeht. Als die Kohl-Regierung in den 1990er-Jahren die Währungsunion vorantrieb, war sie der Meinung, der gemeinsame Markt würde die politische Integration Europas beflügeln, zur Versöhnung mit der deutschen Geschichte beitragen und den innereuropäischen Handel stärken. Wie wir heute wissen, hat der Euro lediglich die deutsche Exportwirtschaft beflügelt, allerdings im Kontext einer gigantischen ökonomischen Fehleinschätzung, die uns in die schlimmste Wirtschaftskrise seit 1929 geführt hat. Infolge der sozialen Verheerungen dieser Krise ist den Europäern die Lust auf weitere politische Integration vorerst vergangen.

Die Fehleinschätzung besteht darin, die Verschuldung zur Ursache der Krise und den Euro

Zusammenschlüssen und territorial konzentrierter, kapitalintensiver Produktion und die Nationalstaaten zum Absenken ihrer sozialen und ökologischen Standards zwingt. Dumping und Konzentration erzeugen europaweit Arbeitslosigkeit, prekäre Jobs, Armut und steigende Sozialausgaben, die durch außerordentliche staatliche Kreditaufnahmen finanziert werden müssen. Umweltkosten werden meist gar nicht erfasst und zukünftigen Generationen überantwortet.

2 Was ist an den Analysen und Lösungskonzepten unserer Regierung falsch?

Zwei Lager mit unterschiedlichen Interessen stehen sich auf der europäischen Bühne gegenüber, repräsentiert durch Merkel und Hollande: Merkel vertritt die Exportinteressen und fordert strikte Haushaltsdisziplin, liberalisierte Arbeitsmärkte und einheitliche nationale Gesetze.

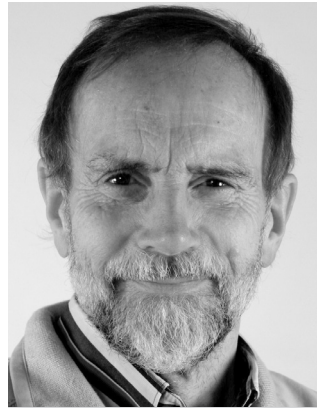
„Der inhomogene Euro-Binnenmarkt kommt weder mit noch ohne finanziellen Beistand ins Gleichgewicht.“

zum Garanten eines prosperierenden Europas zu erklären. Die Eurozone ist jedoch ein deregulierter und zugleich ein völlig inhomogener Binnenmarkt aus 17 unterschiedlich entwickelten Nationen. Der Wettbewerb wird in Euro-Preisen ausgetragen, ohne dass nationale Unterschiede noch durch Wechselkurse und Zölle neutralisiert werden könnten. Weniger produktive Anbieter werden meist endgültig verdrängt und erhalten keine Chance, im Wettbewerb gewonnene Lernfortschritte zu nutzen.

Es entsteht hoher Kostendruck, der die Unternehmen zu

Hollande vertritt die sozialen Interessen und kämpft für eine gemeinschaftliche Haftung der Euroländer und für eine expansive Geldpolitik der EZB. Beide sind sich einig, den Euro und das Wachstum zu stärken, und beide bekennen sich, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, zu „mehr Europa“. Einen überzeugenden Weg aus der Krise haben jedoch beide nicht anzubieten.

Zu den Exportinteressen: Für wettbewerbs- und exportstarke Länder wie Deutschland eröffnet der Euro-Binnenmarkt neue Absatzchancen in Ländern mit ursprünglich schwacher Wäh-



Gerd Zeitler
 Jahrgang 1940, hat nach dem Ingenieurstudium seit den 1970er-Jahren internationale Unternehmensallianzen mitgestaltet und war als Dozent für strategisches Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Seit den 1990er-Jahren widmet er sich der kritischen Analyse neoliberaler Wirtschaftstheorie. Im Unterschied zu vielen anderen Kritikern blieb er nicht auf einer unverbindlichen Stufe stehen, sondern entwickelte konkrete Regeln für eine zukunftsfähige regionale und globale Wirtschaftsordnung. Die veröffentlichte er 2006 in seinem Buch „Der Freihandelskrieg“. Sein „Kompendium der sozialökologischen Ökonomik“ ist im Internet unter www.gerdzeitler.wordpress.com zu finden. Bei der ÖDP-Fachtagung „Wirtschaft und Energie“ am 24. März 2012 in Mainz saß er als Wirtschaftsexperte auf dem Podium.

Kontakt:
gerd.zeitler@t-online.de

rung, die ihre Importe nun in Euro bezahlen können, zugleich aber Verdrängungen hinnehmen müssen, weil sie die Importpreise nicht mehr mittels Wechselkurs und Zöllen ihrem Inlandsniveau anpassen können. In den exportstarken Ländern sorgen die Lobbyisten der Exportwirtschaft dafür, dass der Zustand als wohlstandsfördernd verteidigt wird.

Zur Haushaltsdisziplin: Mit Einführung des Euro konnten sich die wirtschaftlich schwachen Länder plötzlich zu Konditionen verschulden, die nicht ihrem tatsächlichen Risikoprofil entsprachen. Nachlassende Haushaltsdisziplin, schwindende Wirtschaftskraft im Verdrängungswettbewerb und entsprechend steigende Soziallasten treiben seither die Verschuldung und mit ihr auch die Zinsen für neue Staatsanleihen in die Höhe. Rettungsschirme sollen den Teufelskreis durchbrechen, sind aber an Spardiktate gebunden, unter denen sich die Länder nun immer tiefer in eine wirtschaftliche Dauerdepression mit hoher Arbeitslosigkeit und Armut hinein-sparen.

Zur Liberalisierung der Arbeitsmärkte: Offene europäische Arbeitsmärkte erhöhen in den wirtschaftlich starken Ländern den Wettbewerb unter den Arbeitnehmern, drücken die Löhne und Arbeitskosten und stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Gleichzeitig erhöhen sie aber auch die Sozialquoten und Staatsverschuldungen dieser Länder. Die wirtschaftlich schwachen Länder verlieren dagegen ihre jungen und gut ausgebildeten Arbeitskräfte und werden im Wettbewerb weiter geschwächt.

Zur gemeinschaftlichen Haftung: Sie ist eigentlich durch die in den europäischen Verträgen vereinbarte Nichtbeistands-Klausel ausgeschlossen, zuletzt bestätigt im Lissabon-Vertrag von 2009. Mit den Rettungsschirmen, den Aufkäufen von Staatsanleihen durch die EZB und der extremen Schiefelage der sog. Target2-Salden zwischen den nationalen Zentralbanken ist gegen diese Klausel bereits mehrfach verstoßen worden. Deutschland steht deshalb mit fast 1.000 Mrd. Euro im Risiko. Die Einführung von Euro-Bonds würde einen weiteren Verstoß bedeuten.

Die Entwicklung offenbart ein Dilemma: In ihrer gegenseitigen Abhängigkeit wenden sich die Überschuss- wie die Defizitländer des innereuropäischen Handels gemeinsam gegen die Nichtbeistands-Klausel. Die einen, allen voran Deutschland, weil sie ihre Exportmärkte sichern wollen, die anderen, allen voran

Griechenland, weil sie ohne massenhafte Importe die Versorgung ihrer Bevölkerung nicht mehr gewährleisten können. Im Klartext: Europäisches Recht soll garantieren, dass privatwirtschaftliche deutsche Exporte durch Überweisung deutscher Steuergelder an Griechenland finanziert werden. Der inhomogene Euro-Binnenmarkt kommt jedoch weder mit noch ohne finanziellen Beistand ins Gleichgewicht.

Zur Geldpolitik der EZB: Die Versorgung angeschlagener Geschäftsbanken mit frischem, billigen Geld der EZB gilt vielen als Zauberformel. Aber das ist eine neoliberale Illusion, denn das Bankensystem stellt wegen seiner undurchschaubaren globalen Transaktionen ein ständiges Risiko für die Realwirtschaft wie auch für die Finanzwirtschaft dar. Mit einer expansiven Geldpolitik werden vor allem riskante Geschäftspraktiken gefördert, Insolvenzen verschleppt, Fusionen unterstützt und „systemrelevante“ Monsterbanken geschaffen. Niemand kann kontrollieren, ob das frische Geld sinnvoll investiert oder auf den globalen Finanzmärkten verzockt wird.

Zur Stärkung des Wachstums: Dass sich öffentliche Investitionen und Sparhaushalte gegenseitig ausschließen, bedarf keiner Erläuterung. Ob sich private Investoren finden und ob die Europäische Investitionsbank angesichts der Staatsverschuldung ausreichend kapitalisiert werden kann, ist ungewiss. Wirkungsvolle Investitionen sind eher unwahrscheinlich, vor allem, weil die schwachen Länder dem Verdrängungswettbewerb in der Eurozone ungeschützt ausgesetzt sind, aber auch, weil Investitionen vorrangig in kapitalintensive Großprojekte fließen würden, ohne Arbeitsplätze und Kaufkraft zu schaffen.

Zu „mehr Europa“: Mit diesem Begriff verbindet sich die Hoffnung, die wirtschaftliche Schiefelage durch zentrale europäische Vollmachten zu überwinden. Der im März 2012 von allen Euroländern unterzeichnete Fiskalpakt ist dieser Logik entsprechend als Grundstein für eine europäische Wirtschaftsregierung gedacht und soll im ersten Schritt dazu dienen, die

Haushaltsdisziplin der Länder zentral zu überwachen und notfalls zu erzwingen. Mit dieser nationalen Entmündigung wäre die europäische Integration an einem Tiefpunkt angekommen.

Hinter dem Fiskalpakt und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) verbirgt sich die absurde Vision von einem europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der USA. Absurd in doppelter Hinsicht, weil die

„Hinter dem Fiskalpakt und dem ESM bleibt die Deregulierung der Märkte als eigentliche Ursache der Instabilität ausgeblendet.“

einzigartige Vielfalt und regionale Eigenständigkeit in Europa durch einen undemokratischen Zentralismus gleichgeschaltet werden soll und weil die nationale Haushaltsdisziplin als zentrale Voraussetzung für die wirtschaftliche Stabilität Europas missverstanden wird. Dagegen bleiben die Deregulierung der Märkte und ihre Folgen, vor allem der Verdrängungswettbewerb und das Ungleichgewicht der Leistungsbilanzen, als eigentliche Ursachen der Instabilität ausgeblendet.

3 Sollen wir am Euro festhalten? Oder sollen wir ihn durch nationale Währungen ersetzen?

Die entscheidende Frage lautet: Liegt Europas Zukunft in grenzenloser Vereinheitlichung oder eher in politischer Einheit und wirtschaftlicher Vielfalt auf der Grundlage gemeinsamer Werte? Die USA sind kein geeignetes Vorbild, weil die europäischen Nationen ihre wirtschaftliche Entwicklung ihren Traditionen entsprechend eigenständig gestalten wollen und sollen. Wohlstand und Wohlfahrt entstehen dabei nur, wenn sie zwar intensiven Austausch und Handel miteinander pflegen, zugleich aber zerstörerische Markteroberungen abwehren. Der Euro hindert sie daran. Er spaltet Europa. Er erzeugt Misstrauen und Entfremdung.

Ein zukunftsfähiger Integrationsprozess kann unter traditionell eigenständigen Ländern nur gestaltet werden, indem sie

zunächst wirtschaftspolitisch autonom bleiben und auf supranationaler Ebene gemeinsam und gleichberechtigt normative Zielvorgaben für ihr Zusammenwachsen entwickeln. Diese Vorgaben können wegen der bestehenden Traditionen im sozialen Bereich zunächst nur *qualitativer* Natur sein, im ökologischen Bereich zunehmend auch *quantitativ*. Mindestlöhne zentral festzulegen, macht offenkundig keinen

Sinn, Grenzwerte für den Einsatz von Chemikalien zu vereinbaren, ist durchaus erstrebenswert und bei technologischer Unterstützung auch Erfolg versprechend. Rechtsnormen lassen sich ebenfalls in überschaubarer Zeit vereinheitlichen.

Ganz entscheidend für ein reibungsloses Zusammenwachsen aber ist die in den Maastrichter Verträgen vorgezeichnete Subsidiarität der politischen Strukturen, die allerdings um eine deckungsgleiche Subsidiarität der Produktionsstrukturen ergänzt werden muss. Wie sich zeigen wird, besteht das Geheimnis von Wohlstand und Wohlfahrt vor allem in der dezentralen Produktionsstruktur, nicht jedoch in zentraler Massenproduktion.

Um subsidiäre Produktionsstrukturen zu gestalten, ist es unabdingbar, dass unterschiedlich produktive Länder an den Schnittstellen zu ihren Handelspartnern Preis- und Mengenanpassungen vornehmen. Die Kriterien für diese Schnittstellen sind ebenfalls als normative Vorgaben auf europäischer Ebene zu vereinbaren. Zentrales Element sind kalkulierte Wechselkurse zwischen nationalen Währungen, mit denen unterschiedliche Preisniveaus im Schnitt neutralisiert werden, sowie Zölle, um die Preise im Einzelfall konstruktiv dem Binnenwettbewerb anzupassen. Um ausgewogene Zahlungsbilanzen sicherzustellen, sind darüber hinaus Mengen und Standards für den Waren- wie den Kapitalverkehr zu

vereinbaren. Damit wird ein Fundament geschaffen, auf dem unterschiedlich produktive Länder gegenseitig gewinnbringend handeln und zusammenarbeiten können.

4 Wie soll es mit Griechenland weitergehen?

Ein Verbleib des Landes in der Eurozone käme einem Schrecken ohne Ende gleich. Die Rückkehr zur Drachme muss schnellstens erfolgen, bevor das Land endgültig im Chaos versinkt. Im ersten Schritt muss Griechenland den Mut aufbringen, seine wirtschaftspolitische Autonomie zurückzufordern und sein Schicksal wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Der Übergang könnte in folgenden Schritten ablaufen:

- (1) Alle Euro-Guthaben werden vorübergehend eingefroren und alle Anleger gesetzlich verpflichtet, im Ausland angelegte Euros wieder auf griechische Banken zu transferieren.
- (2) Der gesamte Kapitalverkehr mit dem Ausland wird auf volkswirtschaftlich sinnvolle Zwecke und Mengen begrenzt und entsprechend kontrolliert.
- (3) Die Drachme wird wieder eingeführt und alle Euro-Guthaben werden zum ursprünglichen Kurs umgetauscht.
- (4) Die griechischen Banken werden auf das originäre Spar- und Kreditgeschäft verpflichtet, reine Finanzspekulationen verboten, Staatsanleihen nur noch den eigenen Bürgern angeboten.
- (5) Alle institutionellen privaten Gläubiger müssen einem Schuldenschnitt zustimmen, mit staatlichen Gläubigern werden Tilgungsstreckungen über mehrere Jahrzehnte und geringere Zinssätze vereinbart.
- (6) Die Wechselkurse Drachme zu Euro und Drachme zu Dollar werden gemäß dem durchschnittlichen Kaufkraftgefälle autonom festgelegt.
- (7) Mit allen Handelspartnern werden bilaterale Vereinbarungen über förderlichen Außenhandel getroffen.
- (8) Mit der EU und dem IWF werden Hilfsprogramme zur Kapitalisierung der griechischen Banken und zur Umstrukturierung und zum Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft vereinbart.

Der Wertverlust der Drachme im Außenverhältnis, der rund

40% betragen würde, käme sofort dem Tourismus und der Exportwirtschaft Griechenlands zugute. Die verteuerten Importe wären Anreiz, die eigene Wertschöpfung im Lande zu reanimieren, vorzugsweise subsidiär strukturiert im Hinblick auf Vollbeschäftigung. So könnten die Griechen einen zukunftsfähigen Standard für nachhaltige Produktionsstrukturen und eben solchen Außenhandel setzen und der europäischen Integration wieder eine Perspektive geben.

5 *Wie können wir eine stabile Wirtschaft erreichen, die nicht ständig von einer Krise in die nächste stolpert?*

Die bereits angesprochene Gestaltung der Produktionsstrukturen erfolgt als ständiger dynamischer Prozess der Subsidiarisierung, um der „natürlichen“ Neigung der Akteure zu endloser Expansion und Konzentration sozial und ökologisch gebotene Grenzen zu setzen, oder anders ausgedrückt: um maximale soziale Erträge und

Fortschritt bewirken. So entstehen flächendeckend vor allem arbeitsintensive Betriebe und übergeordnet technologie- und kapitalintensive Unternehmen.

Die konstruktive Einbindung des Außenwettbewerbs in den Binnenwettbewerb erfolgt durch die genannten Wechselkurse und ergänzend durch Zölle und Mengenbeschränkungen für Importe. Der neoliberale Verdrängungswettbewerb ist damit überwunden.

6 *Wie können wir die stetige Zunahme der Arm-Reich-Schere in unserer Gesellschaft stoppen?*

Allgemeiner ließe sich fragen: Wie können wir optimale Wohlfahrt erzielen? Dazu muss das sog. Wohlfahrtsoptimum angestrebt werden, das im Wesentlichen an vier Voraussetzungen gebunden ist: (1) an die Teilnahme aller arbeitswilligen Bürger am Wirtschaftsleben, d.h. Vollbeschäftigung, (2) an die existenzsichernde Teilhabe aller Bürger am Wirtschaftsergebnis, d.h. ausreichende Einkommen, (3) an eine weitgehend leistungs-

„Wohlstand und Wohlfahrt entstehen nur, wenn die europäischen Nationen zerstörerische Markteroberungen abwehren. Der Euro hindert sie daran.“

minimale ökologische Kosten sicherzustellen. Als geeignete Methode bietet sich eine nach Branchen differenzierte Besteuerung von Unternehmen an, die einsetzt, sobald eine kritische Größenordnung überschritten wird, und die bei weiterer Expansion progressiv ansteigt. Die kritische Größenordnung wird pro Branche als fiktiver Referenzbetrieb mittels produktionstechnischer, sozialer und ökologischer Parameter definiert.

Der Vorteil ist, dass die Besteuerung an der Quelle ansetzt, wenn noch keine volkswirtschaftlichen Kosten entstanden sind. Sie zwingt expandierende Unternehmen früher oder später zu sozial und ökologisch angezeigten Ausgründungen, die Existenzgründern ständig neue Chancen eröffnen, das Eigentum am Produktionskapital breit streuen und Erneuerung und

gerechte Gleichverteilung von Einkommen, Vermögen und Produktionskapital und (4) an den Substanzerhalt der natürlichen Ressourcen.

Die subsidiären Produktionsstrukturen gewährleisten ihrer Natur nach eine größtmögliche quantitative und qualitative Übereinstimmung zwischen der Arbeitsnachfrage der Unternehmen und dem Arbeitsangebot der Erwerbsbevölkerung, und sie gewährleisten ebenso eine größtmögliche Gleichverteilung des produktiven Kapitals. Für die leistungsgerechte Gleichverteilung von Einkommen und Vermögen ist darüber hinaus eine nach oben offene progressive Besteuerung notwendig, um das Verhältnis von niedrigstem zu höchstem Einkommen und Vermögen auf einen sozial annehmbaren Faktor zu begrenzen, z. B. auf den Faktor 10.

7 *Wie können wir Vollbeschäftigung erreichen?*

Die dynamische Subsidiarisierung der Produktionsstrukturen pendelt sich quasi automatisch auf dem Wohlfahrtsoptimum ein, vorausgesetzt der Außenhandel ist ebenfalls geregelt und erzeugt keine preiselichen Verzerrungen. Damit ist Vollbeschäftigung systemimmanent gegeben und dem Recht auf Teilnahme und Teilhabe am Wirtschaftsleben, also dem Recht auf Arbeit, Genüge getan. Bleibt noch die Machtbalance zwischen Gewerkschaften und Unternehmerschaft als Regulator zu erwähnen: Sie sorgt dafür, dass die Löhne bei Produktivitätsfortschritt in einer Branche entsprechend angehoben werden und/oder die maximale Wochenarbeitszeit gesenkt wird. Damit bleiben Kaufkraft und Nachfrage erhalten oder steigen an. Und das produktivitätsbedingt sinkende Arbeitsvolumen bleibt auf die Beschäftigten gleichmäßig verteilt. Dieser Zusammenhang wird unter neoliberalen Verhältnissen vernebelt, weil Unternehmer im Verdrängungswettbewerb auch bei steigender Produktivität gezwungen sind, sinkende Reallöhne und höhere Arbeitszeiten durchzusetzen – vorgeblich, um Arbeitsplätze zu sichern. Das Ergebnis ist bekannt: eine Abwärtsspirale aus Kaufkraft, Nachfrage, Arbeitsvolumen und Arbeitsplätzen.

8 *Wie können wir eine umwelt- und klimaverträgliche Wirtschaft erreichen?*

Das bei subsidiärer Strukturierung bestehende Wohlfahrtsoptimum ergibt sich bezüglich des Substanzerhalts der Naturressourcen aus der dezentralen Verantwortung, die alle Bürger in ihrer Rolle als Produzenten und/oder Konsumenten vor Ort teilen. Wegen der Zuständigkeit für das Wohlergehen ihrer unmittelbaren Umgebung sind sie motiviert, ihre demokratischen Entscheidungen so zu treffen und laufend zu hinterfragen, dass ihnen möglichst geringe Nachteile durch Umweltkosten entstehen. Eine Verlagerung von Kosten nach außen ist unter diesen Bedingungen wenig wahrscheinlich und nicht verlo-

BUCHTIPP

Gerd Zeitler
Der Freihandelskrieg
 Von der neoliberalen zur zivilisierten Globalisierung
 Monsenstein und Vannerdat, 2006
 392 Seiten, 19,50 Euro
 978-3-86582-376-2



ckend, weil andere kommunale Einheiten sofort Schadensersatz fordern würden. Allerdings müssen ergänzend global wirksame Umweltbelastungen, wie etwa der Ausstoß klimaschädlicher Gase, durch normative Vorgaben und Verträge auf supranationaler Ebene geregelt und begrenzt werden. Verstöße können durch globale Ächtung und notfalls durch Ausschluss nicht-kooperativer Länder vom internationalen Handel sanktioniert werden.

Die kommunale Ebene bildet damit das Fundament für den ökologischen Substanzerhalt und die dazu erforderliche Bewusstseinsbildung der Bürger, das heißt: für qualitatives Wachstum. Die praktische Gestaltung des Substanzerhalts gründet sich auf zwei Prinzipien: (1) die weitgehende Substitution nicht-erneuerbarer Rohstoffe und Energieträger, wie etwa Mineralien, durch erneuerbare Rohstoffe, wie etwa Holz, und Nutzung der direkten Sonneneinstrahlung sowie aller indirekten Formen der Sonnenenergie und auch der Erdwärme; (2) die Wiederverwendung nicht-erneuerbarer Rohstoffe in weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen, im Idealfall ohne Stoffverluste und ohne Abfälle und Emissionen.

Die subsidiäre Strukturierung erweist sich als ideal, um den Substanzerhalt der Naturressourcen und die Nutzung erneuerbarer Energien in direkter Verantwortung vor Ort und bei geringsten Entsorgungs- und Transportkosten zu realisieren. Der Substanzerhalt wird zudem durch das systembedingte Eigeninteresse unterstützt, Technologien zu entwickeln, die speziell für dezentrale Anwendungen geeignet sind. Diese Technologien eröffnen zusätzliche Marktchancen, indem ihre Blaupausen weltweit als geistiges Eigentum angeboten werden. ■